

Mein

NEWSLETTER aus Gemünden & Berlin

Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages

DEZEMBER 2015

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

erneut wurde Paris Mitte November von Terror heimgesucht. 130 Menschen kamen dabei ums Leben, 350 wurden verletzt. Die Ereignisse vom 13. November haben uns vor Augen geführt, wie verletzlich unsere westliche Gesellschaft ist.

Die Sicherheitsbehörden tun alles, um Anschläge zu verhindern. Gleichzeitig müssen wir aber auch zur Kenntnis nehmen, dass eine absolute Sicherheit nicht gewährleistet werden kann. Deshalb haben viele Menschen jetzt Angst, Großveranstaltung wie Weihnachtsmärkte zu besuchen.

Diese Angst ist verständlich. Wir sollten uns aber nicht von den Terroristen vorschreiben lassen, wie wir zu leben haben oder wollen. Wenn wir das täten, dann hätten sie ihr Ziel erreicht.



Genießen Sie also bitte trotzdem den Advent und die anstehenden Feiertage.

Mein Team und ich, wir wünschen Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Adventszeit, schöne und erholsame Weihnachtstage und alles Gute für das kommende Jahr 2016!

Ihr

Bernd Rützel

P.S.: Auch 2016 wird mein Newsletter Sie über meine Tätigkeit informieren. Die nächste Ausgabe erscheint im Februar.

Bild: Übergabe des Weihnachtsbaumschmucks der Mainfränkischen Werkstätten an den Deutschen Bundestag

INHALT

- 2 Klartext
- 3 Thomas Oppermann zu Integrationsthemen
- 5 Aus dem Parlament
- 7 Franziskas Post
- 8 Aus der Region
- 11 MdL-Gastbeiträge

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden
Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel. 09351 6036563
Fax 09351 6058298
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 73434
Fax 030 227 76433
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB
Obertorstraße 13
97737 Gemünden

Aus dem PARLAMENT



DER NEUE HAUSHALT

Die vergangene Sitzungswoche in Berlin stand im Zeichen der Haushaltsberatungen. **Auch 2016 nimmt der Bund keine neuen Schulden auf!**

Einige Beschlüsse in aller Kürze:

- Verkehr: Die Investitionslinie beträgt 11,4 Mrd. Euro - Geld, das der Infrastruktur zu Gute kommt. Das ist ein neuer Höchststand. Der Bahnverkehr profitiert besonders, unter anderem durch bessere Investitionsrahmenbedingungen und verbesserten Lärmschutz.
- Ungefähr 7,5 Mrd. Euro werden für Ausgaben im Zusammenhang mit den Flüchtlingen bereitgestellt. Allein die Länder und Kommunen erhalten 3,3 Milliarden Euro als Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten.
- Für die Entwicklung der ländlichen Räume stellen wir 30 Mio. Euro bereit, außerdem erhält die Unfallversicherung der Landwirte einen einmaligen Zuschuss von 78 Mio. Euro.
- Die THW Ortsverbände erhalten für die Selbstbewirtschaftung 24 Mio. Euro in den Jahren 2016-18.



Bild: im Gespräch mit Jörg Hofmann, IG Metall-Vorsitzender

KLARTEXT

GEGEN LOHNDUMPING FÜR TARIFBINDUNG

Wir schaffen wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Nachdem wir den Mindestlohn eingeführt haben, nehmen wir uns die Leiharbeit und Werkverträge vor.

Wir begrenzen die Leiharbeit auf 18 Monate. Danach muss fest eingestellt werden.

Es gibt eine große Zahl an Arbeitsverhältnissen, die länger als diese 18 Monate dauern. Manche sind bereits 8 Jahre in einem Unternehmen und bauen Achsen ein, sind aber immer noch ausgeliehen. Wenn die Tarifpartner das in Zukunft so haben wollen, können sie dies in einem Tarifvertrag vereinbaren. Flexibilität gegen Sicherheit sozusagen. Bei den Tariffüchtigen ist allerdings Schluss, da setzen wir klare Schranken.

Bei den Werkverträgen schauen wir genau hin, was Werkverträge sind und was Scheinwerkverträge sind. Die Scheinwerkverträge werden wir verbieten und vom Zoll überwachen lassen. Heute ist es so, dass manche mit einem Scheinwerkvertrag erwischt werden und dann eine Vorratsverleiherlaubnis aus der Tasche zaubern und somit Leiharbeiter sind. Das hat nun ein Ende.

Wenn sich jetzt manche aufregen, dann zeigt mir das, dass unser Gesetz kein Placebo ist und wirkt. Das haben wir übrigens alles in den Koalitionsvertrag vor zwei Jahren hineinverhandelt. Wenn die Union jetzt überrascht tut, soll sie doch mal in den Vertrag gucken.

Aus dem PARLAMENT



INTERVIEW MIT THOMAS OPPERMANN



Flüchtlinge und anerkannte Asylberechtigte sollen möglichst schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden. Unser Fraktionsvorsitzender Thomas Oppermann skizzierte in einem Interview mit dem Handelsblatt (veröffentlicht am 23.10.2015), wie das gelingen kann.

Handelsblatt: Herr Oppermann, wie soll die Wirtschaft jedes Jahr Hunderttausende von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt integrieren?

Thomas Oppermann: Das Ziel ist, die Geschwindigkeit des Flüchtlingszuzugs zu reduzieren und mehr Ordnung in die Einreise zu bekommen. Trotzdem bleibt die Integration der Flüchtlinge eine gewaltige Aufgabe für die ganze Gesellschaft, auch für die Wirtschaft. Die Unternehmen sollten trotz der großen Herausforderung den Optimismus nicht aufgeben und pragmatisch sein.

Das ist leicht gesagt...

Das Engagement von vielen Unternehmen ist bereits jetzt vorbildlich. Es gibt zahlreiche Projekte, die Flüchtlinge unterstützen. Das kann aber nur ein Anfang sein. Wir brauchen einen Pakt für Arbeitssuchende und Flüchtlinge. Politik, Arbeitgeber und Gewerkschaften müssen sich so schnell wie mög-

lich an einen Tisch setzen, um realistische Ziele für die kommenden Jahre zu formulieren. Wir werden die Wirtschaft nicht alleine lassen.

Was stellen Sie sich das konkret vor?

Erstmal das gemeinsame Verständnis aller Beteiligten, dass sie zusammen die Verantwortung für die Bewältigung der Flüchtlingskrise tragen. Die Flüchtlinge müssen aber auch wissen, dass sie nur über Leistung und eigene Anstrengung sich dieses Engagement verdienen können. Es wäre völlig verkehrt, sie sozialstaatlich überzubehüten. Ich bin auch sicher, dass sie hoch motiviert sind, ihren Teil beizutragen. Das sieht man schon an der Begeisterung in den Deutschkursen. Der Dreiklang muss lauten: Fördern, Fordern und Ordnung schaffen.

Wie kann das aussehen?

Schnupperpraktika sind sinnvoll, in denen getestet wird, ob Unternehmen und Jobsuchende zusammen passen. Ich will, dass vorhandene Qualifikationen schnell anerkannt werden. Wenn eine Ausbildung auf die deutschen Anforderungen nicht übertragbar ist, muss es Anpassungs-Qualifikation geben oder nachgeschult werden.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Ein gutes Beispiel ist das erfolgreiche Programm „Start in den Beruf“, das die Sozialpartner der Chemiebranche anbieten. Dort werden junge Leute mit Bewerbungsmängeln in einem vorgelagerten 4. Ausbildungsjahr fit gemacht für die normale Ausbildung. Das lässt sich auf andere Branchen übertragen und auch für Flüchtlinge nutzen.

Erleben wir nach der Willkommenseuphorie einen neuen Realismus in der Flüchtlingspolitik?

Hilfsbereitschaft und Realismus schließen einander nicht aus, im Gegenteil.

Wie sieht der neue Realismus für den Arbeitsmarkt aus?

Generell: Ein Ausspielen von Flüchtlingen gegen

Aus dem PARLAMENT



deutsche Arbeitssuchende darf es nicht geben. Zur Ehrlichkeit gehört, dass es unter den Flüchtlingen auch Ältere ohne Qualifikation gibt. Hinzu kommen Analphabeten, in die wir sehr viel investieren müssen, damit sie in den Arbeitsmarkt eingreifen können. Trotzdem sehe ich vor allem Chancen.

Welche?

Die Hälfte der Flüchtlinge ist jünger als 25 Jahre. In Deutschland ist nur ein Viertel in dieser Altersklasse. Wir brauchen angesichts des drohenden Fachkräftemangels die Jungen. Gerade für das Handwerk ist es eine riesige Chance. Hier sind fünf Millionen Menschen beschäftigt und die Betriebe suchen händeringend Nachwuchs. Nach eindeutigen Befunden der Migrationsforschung sind die Flüchtlinge meist hochmotiviert. Sie wollen sich auch oft selbständig machen und sind bereit, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen und dabei auch Risiken einzugehen.

Dazu braucht es aber eine konsequente Integrationspolitik.

Wir dürfen nicht die Fehler der 60er und 70er Jahre wiederholen, als wir in den Gastarbeitern nur sprachlose Fließbandarbeiter gesehen haben. Wir müssen jetzt klotzen statt kleckern. Halbe Sachen machen keinen Sinn.

Wer zahlt den Unternehmen die Kosten, die durch die Integration entstehen?

Zunächst einmal wirken die Ausgaben für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge wie ein kleines Konjunkturprogramm. Für die Ausbildung der Jungen zahlt die Wirtschaft, denn sie erntet ja auch die Früchte. Ich kann mir in dieser besonderen Situation aber auch Kooperationen zwischen Wirtschaft und Staat vorstellen. Zum Beispiel könnte der Staat das zuvor beschriebene vierte Ausbildungsjahr zur Hälfte finanzieren.

Können sich Sie sich Lohnzuschüsse vorstellen?

Am Ende brauchen wir wettbewerbsfähige Arbeits-

plätze. Aber für Qualifizierungsmaßnahmen und andere Integrationshilfen sehe ich den Staat in der Verantwortung, Mittel bereitzustellen. Ich halte aber gar nichts davon, den Mindestlohn für die Flüchtlinge abzusenken.

Warum nicht?

Die SPD hat den Mindestlohn hart erkämpft. Diejenigen, die gerade erst die Lohnerhöhung auf den Mindestlohn bekommen haben, müssten doch um ihren Job bangen, wenn wir es zulassen, dass Flüchtlinge zu Dumpinglöhnen eingestellt werden. Das birgt gesellschaftspolitischen Sprengstoff. Das weiß auch die Wirtschaft.



NEUJAHRSEMPFANG MIT THOMAS OPPERMANN

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, ist Ehrengast des Neujahrsempfangs des SPD-Kreisverbandes Main-Spessart.

Freitag, 15.01.2016, 18.00 Uhr

Pfarrsaal „Zur Heiligen Familie“

Bodelschwinghstr. 23

Aus dem PARLAMENT



WOCHE DER GEWERKSCHAFTSJUNIOREN



Mit Benjamin Hornung im Berliner Paul-Löbe-Haus

Die SPD-Bundestagsfraktion organisiert in jedem Jahr eine Woche für Gewerkschaftsjunioren. Heuer hat auf meine Einladung hin Benjamin Hornung teilgenommen. Der Projektsekretär der IG Metall in Schweinfurt begleitete mich durch meine Berliner Sitzungswoche.

Dazu gab es zahlreiche interessante Gespräche mit anderen SPD-Abgeordneten, unserem Vorsitzenden Thomas Oppermann und der Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles. Themen waren dabei die Neuregelung von Leiharbeit und Werkverträge, TTIP, die Digitalisierung der Arbeitswelt und die Herausforderungen der Flüchtlingskrise. Darüber hinaus nahmen die Gewerkschaftsjunioren an Landesgruppen-, Ausschuss-, Arbeitsgruppen-, Bundestags- und Fraktionssitzungen teil. Zwischen den Gesprächen und Sitzungen fand sich immer Zeit, sich über das Erlebte gemeinsam auszutauschen.

Das Fazit von Benjamin Hornung fiel positiv aus: „Die Woche war sehr wertvoll für mich. Das Leben eines Abgeordneten ist anstrengend und spannend

zugleich. Es braucht oft einen langen Atem, um Ziele voranzubringen und umzusetzen. Die Woche schafft nicht nur mehr Respekt vor der Tätigkeit eines Parlamentariers, sondern auch einen tieferen Einblick in das Zentrum der Macht und wie in Berlin Politik gemacht wird.“

BETRIEBLICHE ALTERSVORSORGE

Im Jahr 2014 hat das Europäische Parlament die Europäische Mobilitätsrichtlinie verabschiedet. Damit ist das Ziel verbunden, Hindernisse für grenzüberschreitende Arbeitgeberwechsel innerhalb der Europäischen Union (so genannte Mobilitätshindernisse) abzubauen, die sich aus Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung ergeben können.

Diese Richtlinie wurde nun in deutsches Recht umgesetzt. Dazu hat der Bundestag am 12.11. einen entsprechenden Gesetzentwurf verabschiedet.

Das Gesetz sieht unter anderem folgende Maßnahmen zur Verbesserung von Erwerb und Anspruch von Zusatzrentenansprüchen vor:

1. Arbeitgeberfinanzierte Betriebsrentenanwartschaften sollen künftig bereits dann erhalten („unverfallbar“) bleiben, wenn der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin mindestens drei Jahre bei einem Arbeitgeber beschäftigt war. Bislang betrug diese Frist fünf Jahre. Außerdem wird das Alter, ab dem Beschäftigte frühestens den Arbeitgeber wechseln können, ohne dass die Anwartschaft verfällt, vom 25. auf das 21. Lebensjahr abgesenkt. Damit sollen vor allem junge mobile Beschäftigte künftig früher als bisher unverfallbare Betriebsrentenanwartschaften erwerben.
2. Betriebsrentenanwartschaften ausgeschiedener und im Betrieb verbleibender Beschäftigter sollen gleich behandelt werden, damit ein Arbeitgeberwechsel nicht der Betriebsrente schadet.

Aus dem PARLAMENT



3. Die Abfindungs- und Auskunftsrechte werden zugunsten der Beschäftigten erweitert.

Diese geänderten Regelungen gelten ab 1. Januar 2018. Durch die frühzeitige Umsetzung der EU-Richtlinie in deutsches Recht bekommen die Betriebsrentensysteme die notwendige Rechts- und Planungssicherheit, ohne die der angestrebte weitere Auf- und Ausbau der betrieblichen Altersversorgung nicht möglich ist.

Die Umsetzung der EU-Richtlinie beschränkt sich nicht nur auf grenzüberschreitende Arbeitgeberwechsel, sondern umfasst auch die Arbeitgeberwechsel innerhalb Deutschlands.

PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT NEU DEFINIERT

Mit dem Pflegestärkungsgesetz II, das der Bundestag am 13. November beschlossen hat, wird ein zentrales Vorhaben der SPD endlich umgesetzt: der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff. Seine Einführung ist der Kern des Gesetzes.

Er sieht vor, dass im Gegensatz zum bisherigen Pflegebedürftigkeitsbegriff nicht nur die körperlichen Einschränkungen von Menschen berücksichtigt werden. Künftig werden körperliche, geistige und psychische Beeinträchtigungen der Selbständigkeit von Menschen gleichermaßen einbezogen. Dadurch werden Einschränkungen von Demenzkranken und psychisch Kranken gleichrangig in der Begutachtung behandelt.

Damit hat die Große Koalition 20 Jahre nach Einführung der Pflegeversicherung und nach der Verabschiedung des Pflegestärkungsgesetzes I im vergangenen Jahr nun mit dem Pflegestärkungsgesetz II einen Meilenstein in der Sozialversicherungsreform gesetzt. Das geht vor allem auf die jahrelange inhaltliche Vorbereitung der SPD-Fraktion zurück.

FREISTAATSFIEER IN BERLIN

Im November 1918 rief der Sozialdemokrat Kurt Eisner in München den Freistaat aus. Traditionell feiert die Landesgruppe Bayern in der SPD-Bundestagsfraktion dieses historische Ereignis mit ihrer Freistaatsfeier im politischen Berlin. An diesem Abend leuchtet die Bayerische Landesvertretung rot. Ein Anblick, an den man sich gewöhnen könnte ...

*Bild: In der Bayerischen Landesvertretung mit **Abdu Bilican**. Abdu ist unser stellvertretender Bezirks-Juso-Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender der AG Migration und Integration in der BayernSPD. Er nahm auf meine Einladung hin an den „Jugendpressetagen“ der SPD-Bundestagsfraktion teil.*



Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Congress-Bundestag
Youth Exchange

FOR YOUNG PROFESSIONALS

FRANZISKAS POST AUS DEN USA

Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – das ermöglicht das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Franziska Ritter aus Gemünden-Adelsberg, die seit August für ein Jahr in Boston lebt. Hier ihr aktueller Bericht aus den USA:

Auch hier in den USA hört man sehr viel über die schrecklichen Terroranschläge in Paris und ist schockiert über die Grausamkeit des IS-Terroristen. Vergangene Woche wurde auch eine Terrorwarnung für das Kapitol in Washinton ausgesprochen. Genau zu dieser Zeit besuchte ich zusammen mit anderen Schülern meiner Highschool für drei Tage die amerikanische Hauptstadt.

Trotz der Terrorwarnung durften wir das Kapitol, den Sitz des Kongresses, der Legislative (Gesetzgebung) der USA, besichtigen. Außerdem waren wir auf der Spitze des Washington Monuments und haben uns das Weiße Haus angeschaut. Im Fords Theater hatten wir die Gelegenheit, genau jenen Platz, an dem Abraham Lincoln ermordet wurde, zu sehen und in der Congress Library



durften wir die Unabhängigkeitserklärung anschauen, die dort ausgestellt ist.

Auch viele Museen standen auf unserem Programm, zum Beispiel das Air and Space Museum, das Holocaust Museum und das History Museum. Ich bin froh, dass ich die Möglichkeit hatte, an dieser Studienfahrt teilzunehmen und soviel über die amerikanische Geschichte und Politik zu erfahren.

In der Schule sind wir jetzt mittlerweile schon im zweiten Term (vier Terms in einem Schuljahr) und

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



bald beginnt die Wintersaison für unsere Sportarten. Wenn es soweit ist, werde ich euch wieder im Newsletter darüber berichten.

Bis dorthin eine schöne Zeit!

In the USA we hear a lot about the terrorist attacks in Paris. Everybody is shocked about the brutality of the ISIS Terrorists. The past week, they threatened the Capitol in Washington D.C., and at the same time I spent three days there with my class from my High School.

Although there was a threat we could still visit the Capitol, the seat of the Congress, legislation of the United States. We went on top of the famous Washington Monument and we saw the White House. We also went to the Ford's Theater and had the chance to see the place where Lincoln was murdered. In the National Archives we saw the Declaration of Independence. I am so happy that I had the chance to take part in this study trip and learned about American history and politics.

In school we are already in our second term (there are four in the school year) and soon the winter season for our sport team starts. When the time comes, I will tell you more about this in the next Newsletter.

Till then I hope you are having a great time!

BUNDESWEITER VORLESETAG 2015

Auch in diesem Jahr gab es wieder einen bundesweiten Vorlesetag. Dieser Tag, der auf eine gemeinsame Initiative von „Die Zeit“, „Deutsche Bahn Stiftung“ und „Stiftung Lesen“ zurückgeht und der immer im November stattfindet, begeistert inzwischen mehr als 100.000 Vorleser. Einer davon war auch in diesem Jahr ich.



Bild: Vorlesetag in der Stadtbibliothek Gemünden

Am 20. November las ich den 3. und 4. Klassen der Grundschule Gemünden aus dem Buch „An der Arche um Acht“ vor — einem wunderbaren Buch, das die Solidarität, den Zusammenhalt und den Glauben an Gott am Beispiel von Pinguinen darlegt.

FRAKTION VOR ORT: BESUCH BEI BÄRBEL KOFLER IN TRAUNSTEIN

Am 17. November war ich auf Einladung meiner Fraktionskollegin Bärbel Kofler in Traunstein zu Gast. Im Rahmen einer Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung informierte ich zum Thema Rente bzw. flexibler Renteneintritt.

Seit dem 1. Juli 2014 gilt das neue Rentenpaket, mit dem wir das erste sozialdemokratische Projekt des Koalitionsvertrages umgesetzt haben.

Mit der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren und der Mütterrente schließt es eine Gerechtigkeitslücke.

In Traunstein beantwortete ich Fragen zur Beantragung der Rente mit 63 Jahren, der Berechnung der höheren Mütterrente und zu den Neuregelungen bei der Erwerbsminderungsrente, erkundigte mich nach den bisherigen Erfahrungen bei der Umset-

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



zung unseres Rentenpakets und stellte unsere Ziele für einen flexibleren Renteneintritt vor.



Bild: Mit Bärbel Kofler in Traunstein

105 JAHRE SPD-OV ROTTENDORF

Bei diesem Jubiläum war ich gerne zu Gast!

Das frühere Winzer- und Bauerndorf hat eine Entwicklung genommen, wie sie für viele fränkische Orte typisch ist. Heute präsentiert sich die 6000 Einwohner zählende Würzburger Stadtrandgemeinde am Biebelrieder Kreuz als prosperierender Gewerbestandort und lebenswerter Wohnort. Zu dieser positiven Entwicklung trug und tragen seit über einem Jahrhundert die sehr aktiven Rottendorfer Sozialdemokraten bei.

In ihrem Gründungsjahr 1910 galt noch das 1891 verfasste Erfurter Programm der SPD und die Verfolgung der Sozialdemokratie durch das Bismarck'sche Sozialistengesetz lag noch nicht weit zurück. Damals stellte sich die Arbeiterpartei den neuen Herausforderungen der zunehmenden Industrialisierung und der sich verändernden Gesellschaft.

Wenn im Erfurter Programm steht: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft in der

heutigen Gesellschaft nicht bloß gegen die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern gegen jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse“, so klingt das brandaktuell.

Ich erinnere nur an den Mindestlohn, den wir vor kurzem gegen alle Unkenrufe der verschiedensten Unternehmerverbände durchgesetzt haben und an die gebotene, im Grundgesetz und im Völkerrecht verankerte Humanität, mit der wir die Bewältigung der Flüchtlingsprobleme angehen.

Es ist bezeichnend, dass ein vor 124 Jahren gültiges SPD-Programm moderner ist, als die Flüchtlingspolitik von CDU/CSU heute.

Bild: Mitgliederehrung des SPD-OV Rottendorf



**Mehr zu meiner Arbeit in
Unterfranken und Berlin:**

www.bernd-ruetzel.de

www.facebook.com/mdBRuetzel

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



60-JAHR-JUBILÄUM IN ROTHENBUCH

Ebenso gerne war ich in Rothenbuch bei der Jubiläumsfeier des Ortvereins zu Gast.



Bild: Als Festredner beim SPD-OV Rothenbuch

Seit sechs Jahrzehnten setzen sich die Genossinnen und Genossen im Hochspessart außergewöhnlich erfolgreich zum Wohl ihrer Heimatgemeinde ein. Sie stellen beinahe schon traditionell den Bürgermeister und sind stark im Gemeinderat vertreten.

Ein Blick in die Parteigeschichte zeigt, die seit 1946 gültigen „Politischen Leitsätze der SPD“ haben nichts an Aktualität verloren. Jedem Bürger die Möglichkeit zu geben, „durch Arbeit seinen Lebensunterhalt zu erwerben“, heißt heute „Mindestlohn“ und die „Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für Jeden und alle Berufe“ bedeutet heute für uns: Betriebsräte stärken und vor den neoliberalen Kräften schützen.

UNTERWEGS

Wie immer in den sitzungsfreien Wochen war ich wieder sehr viel in den Landkreisen unterwegs.

Gemeinsam mit meiner Kollegin Martina Fehlner habe ich im November diverse Termine in Kleinheubach wahrgenommen.

Zusammen besuchten wir die neue Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge am Siemensring und informierten uns zwei Tage vor dem Einzug der ersten Flüchtlinge über den Stand der Bauarbeiten.



Bild: Rundgang in der Schreinerei Keller

Im Anschluss daran konnten wir zwei expandierende Unternehmen in Kleinheubach besichtigen: den Spezialisten für Innenausbau, die **Reinhold Keller GmbH**, und das **Bekleidungswerk Kaiser**.



Bild: Gespräch bei der Kaiser Bekleidungs GmbH

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



GASTBEITRÄGE UNSERER MdL's



Martina Fehlner

Tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Abgeordnete für Aschaffenburg-West und Betreuungsabgeordnete für Aschaffenburg-Ost und Miltenberg

Finanzielle Unterstützung für Musikschulen

Die SPD im Bayerischen Landtag hat durchgesetzt, dass sich der Freistaat künftig in höherem Maße um die musikalische Bildung unserer Kinder kümmert. Der Anteil an der Finanzierung der öffentlichen Musikschulen in Bayern wird auf Druck der SPD erhöht. Die Staatsregierung hatte im Haushalt 2015/16 zunächst nur 16,2 Mio. Euro für die Musikschulen vorgesehen. Dank der SPD wurde dieser Anteil nun auf 17,7 Mio. Euro erhöht. Dieses Einlenken ist ein immens wichtiger Schritt auf dem Weg zu bezahlbarem Musikunterricht. Der Unterricht in öffentlichen Musikschulen ist unentbehrlich für die musikalische Bildung unserer Kinder und Jugendlicher und darf kein Luxusgut sein.

Aber auch nach der Erhöhung tragen Eltern und Kommunen jeweils einen deutlich größeren Anteil an der Finanzierung unserer Musikschulen als der Freistaat. Angesichts der tollen Arbeit und der großen Bedeutung dieser Schulen für die Entwicklung unserer Kinder ist die Unterstützung durch den Freistaat weiter ausbaufähig. Derzeit nehmen wöchentlich 141.850 Schülerinnen und Schüler Unterricht an den 216 bayerischen Musikschulen. Die Kosten hierfür teilen sich die Eltern (61,3 Mio. Euro), die Kommunen (60,1 Mio.) und der Freistaat (13,5 Mio.). Langfristig soll der Finanzierungsanteil des Freistaates an den Lehrpersonalkosten auf 25

Prozent steigen.

Aschaffenburg beispielsweise hat die älteste Musikschule Deutschlands, sie besteht seit mittlerweile 205 Jahren. Auch dort dürfte man sich über zusätzliche finanzielle Unterstützung freuen, da bin ich mir sicher. Denn hier wird wichtige und wertvolle Arbeit für die musikalische Jugendbildung für die gesamte Region geleistet. Die städtische Musikschule Aschaffenburg ist mit über 1600 Schülerinnen und Schülern eine der größten derartigen Bildungseinrichtungen in ganz Bayern.

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buengerbuero@martina-fehlner.de



GEORG ROSENTHAL

Unterfrankensprecher in der SPD-Landtagsfraktion, Abgeordneter für Würzburg-Stadt und Betreuungsabgeordneter für Main-Spessart

Die neue Leitkultur-Debatte schadet

Da ist es wieder, das unschöne Wort von der „deutschen Leitkultur“. Und es spaltet wieder. Reicht es wieder für die Lufthoheit an den Stammtischen? Es ist geeignet zu zerstören, auszugrenzen und zu verletzen.

Zuwanderung ist kein neues Phänomen, sondern seit Jahrhunderten gelebte Wirklichkeit in Europa. Das gilt auch für die Integration, die aber nicht mit erzwungener Assimilation verwechselt werden darf. Es kann nicht darum gehen, Menschen aus anderen Kulturen dazu zu bringen, dass sie Weißwurst mit Senf genauso schätzen wie der Bayer,

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



den Reiz der heimischen Blasmusik sofort erkennen oder deutsche Weihnachtsbräuche übernehmen, ja die Überlegenheit deutscher Kultur anerkennen. Was ist denn auch die Deutsche Kultur? Gehören die Beatles auch dazu?

Entscheidend ist, dass wir unser Land als Werte- gemeinschaft verstehen, getragen von einer freiheitlichen Demokratie und gesellschaftlichem Pluralismus. Festgehalten sind diese Grundwerte im Grundgesetz und in der Menschenrechtskonvention der UN. Wir dürfen keinen Zweifel daran lassen, dass die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Presse- und Meinungsfreiheit oder ein aufgeklärter Umgang mit Religion zu den tragenden Säulen unserer Gesellschaft gehören. Und natürlich ist die deutsche Sprache der Schlüssel für eine gelungene Teilhabe.

Die Integration der Zuwanderer ist eine riesige Aufgabe, die uns herausfordert. Doch es lohnt sich: Unsere Gesellschaft wird vielfältiger und dadurch stärker. Deutschland braucht keine Leitkultur, Deutschland ist ein Rechtsstaat mit einem starken Grundgesetz, das sich schon in vielen Stürmen bewährt hat.

Abgeordnetenbüro Georg Rosenthal, MdL

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg

Tel: 0931 99110 161 | Fax: 0931 99110 162

buengerbuero@georg-rosenthal.de



Volkmar Halbleib

Haushaltspolitischer Sprecher und Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Abgeordneter für Würzburg-Land und Betreuungsabgeordneter für Kitzingen

Kulturförderung

Bei der Denkmalpflege und bei den Musikschulen konnte im Rahmen der Beratungen zum Nachtrags- haushalt erreicht werden, dass endlich mehr Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Der Freistaat Bayern ist reich an Kunst- und Ge- schichtsdenkmälern. Diese Denkmäler gilt es zu pflegen, zu sanieren und zu erhalten, da sie einen wichtigen Beitrag zu unserer Kultur leisten. Die da- für vorgesehenen Mittel wurden nun auch auf Druck der SPD um 1,8 Millionen Euro auf 11,7 Milli- onen Euro erhöht. Schließlich ist der Denkmal- schutz nicht nur wichtig für unsere Kultur, er ist auch ein wirkungsvolles Förderprogramm für das heimische Handwerk, sichert Arbeits- und Ausbil- dungsplätze und trägt zur Wertschöpfung in vielen Regionen bei.

Die staatlichen Zuschüsse sind besonders wichtig für kleinere Denkmäler wie Bauern- und Bürger- häuser, da sich diese oftmals in Privat- oder Ge- meindebesitz befinden. Gerade hier entscheiden staatliche Zuschüsse im Zweifelsfall darüber, ob Denkmäler saniert oder erhalten werden können.

Auch die Musikschulen bekommen mehr Geld. Martina Fehlner hat hierauf bereits hingewiesen. Diese Erhöhung kommt auch der Sing- und Musik- schule für Stadt- und Landkreis Würzburg, den ört- lichen Musikschulen in Rottendorf, Veitshöchheim und im Landkreis Kitzingen zugute.

Langfristig will die SPD den Finanzierungsanteil des Freistaates an den Lehrpersonalkosten auf 25 Pro- zent steigern.

Bürgerbüro Volkmar Halbleib

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg

Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030

volkmar-halbleib@bayernspd-landtag.de